

Dr. h. c. Lothar Späth, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

## Eröffnungsansprache

Herr Landtagspräsident,  
Herr Kollege Schlee,  
meine Herren Abgeordneten,  
Königliche Hoheit,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich vor allem darüber, daß die Wirtschaft und die Vertreter des öffentlichen Lebens in einem außerordentlichen Maß bereit waren, Konzepte zur Förderung der Kunst, zur Förderung von öffentlichen Einrichtungen und zur Förderung gesellschaftlicher Anliegen aufzunehmen. Das ist insofern bemerkenswert, als wir die Wirtschaft in den letzten Jahren nicht nur von den Steuern her nicht geschont haben, sondern ihren Vertretern immer wieder erklärt haben: Was Ihr freiwillig macht, müßt Ihr nicht unter Zwang machen.

Ich habe in den letzten Tagen bei einigen Veranstaltungen viel Pessimismus gehört, interessanterweise von unternehmerischen Leuten. Dabei bin ich – eigentlich immer wieder – erstaunt, wie hilflos unsere Gesellschaft dann wird, wenn sie sich daran gewöhnt hat, in Zeiten massiver wirtschaftlicher Möglichkeiten ihren Ideenreichtum einzuschränken, oder anders ausgedrückt: Wer kein Geld hat, muß wenigstens Ideen haben.

Das Beste ist, wir bewahren auch in dieser Hinsicht den baden-württembergischen Zustand, – nämlich etwas Geld – nicht allzuviel – und viele Ideen. Denn wir leben in einer Gesellschaft, in der, Gott sei Dank, die Ideen nicht nur vom Staat und den politisch Verantwortlichen kommen, sondern viele Ideen aus der Mitte der Gesellschaft an den Staat und seine Repräsentanten herangebracht werden. So ist die Denkmalstiftung eine Idee, die zum ersten Mal seine Königliche Hoheit, der Herzog von Württemberg, an mich herangetragen hat

mit einer sehr einfachen Überlegung: Während wir nämlich große Anstrengungen in den öffentlichen Haushalten unternommen haben, die Denkmalpflege finanziell zu steigern, haben wir einfach gemerkt, daß wir den Staat wirtschaftlich überfordern, wenn er dies alles allein tun soll. Aber was vielleicht noch wichtiger ist: Wir würden, wenn wir dies alles dem Staat allein überließen, die Chance verpassen, die bei der Denkmalpflege gerade in der Vielfalt liegt. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an eine Rede, die ich sehr aufmerksam gehört habe. Ich glaube, es war in Ravensburg, Herr Professor Gebeßler, als Sie gewarnt haben vor einer Denkmalpflege, die nicht mehr echte Denkmalpflege ist, sondern gewissermaßen ein Modetrend. Es ist ja in unserer Gesellschaft ganz interessant, wie schnell ein Thema aufgegriffen, vordergründig gepflegt wird und dann auch wieder in der Versenkung verschwindet. Das darf für die Denkmalpflege nicht gelten. Das Thema Denkmalpflege muß in unserer Gesellschaft insgesamt nicht nur mit Ernsthaftigkeit, sondern in einem breiten Spektrum aufgenommen werden. Dabei ist der Staat gefordert, aber auch die Bürgerschaft. Diese Bürgerschaft wird inzwischen von so vielen Gruppen vertreten, daß wir einfach diese Gruppen der Gesellschaft zusammenführen müssen, und sich die Frage stellt: Was können wir denn gemeinsam tun? Als Folge unserer jüngeren Geschichte haben wir uns doch daran gewöhnt, daß alles, was Gemeinschaft ist, der Staat leistet. Dabei haben wir den Staat überfordert. In erster Linie nicht einmal finanziell. Der Staat verfügt nämlich über die Reaktionsmöglichkeiten, die der Bürgermeister eben so beschrieben hat, daß er aus dem Zehnten die Hälfte macht – mit weiter steigender Tendenz – und er am Schluß die Unlust der Bürger dadurch erreicht, daß er ihnen an Steuern mehr abnimmt,

als sie von ihrer Arbeit übrigbehalten. Ich glaube, viel wichtiger als die rein finanzielle Seite ist, daß der Staat auch ideell nicht in der Lage ist, das Mäzenatentum nachzuvollziehen, das in der Geschichte die Vielzahl von Förderern wahrgenommen hat. Diese Förderer stehen im demokratischen Staatswesen so nicht zur Verfügung. Die Demokratie – und dabei meine ich die moderne Demokratie, die freiheitliche Gesellschaft – muß insgesamt den Mut haben, dieses Mäzenatentum selbst zu übernehmen. Wenn wir zum Beispiel untersuchen, warum wir so schöne Schlösser und Burgen hier haben, müssen wir uns durchaus darüber streiten, ob die Motive, die zu alldem geführt haben, immer zuerst mäzenatenhaft waren. Ob da immer zuerst ans Volk gedacht wurde oder nicht auch an vieles andere? Es ist ja sehr interessant, wenn man die Geschichte der Länder und Regionen liest, wie zum Beispiel so ein Schloß entstand, mit welchen Beweggründen, mit welchen Entscheidungen, mit welchen Entwicklungen.

Verzeihen wir doch all das, was aus unserer heutigen Betrachtung an negativen Beweggründen zwischen Fürst und Volk in dieser Zeit mitgespielt hat. Übriggeblieben ist im Grunde das, was wir an historischer Substanz, vor allem im baulichen Sektor noch haben. Das sind eben die Zeugen unserer Geschichte. Und für uns stellt sich vielmehr folgende Frage: Was macht der moderne Staat, der nach modernen Methoden wirtschaftlich investieren und die Erträge der Steuern gerecht verteilen soll, dann, wenn ihm immer wieder die alte Frage gestellt wird, ob er sich Kunst leisten kann; ob er sich Denkmalschutz in einer Zeit leisten kann, in der er mit sozialer Not konfrontiert ist? Der berühmte Satz aus der württembergischen Geschichte, der zu mancher Entscheidung geführt hat: „Was brauchet mir Kunscht, mir brauchet Krombiera!“, lebt auch in unserer heutigen Zeit noch gewaltig fort. Die entscheidende Frage ist doch, ob es eine Gesellschaft schafft, den Mut zu haben, sich selbst etwas zu schenken, und dann, wenn sie sich selbst etwas schenkt, auch mal den Mut hat, den Rechenstift nicht so anzusetzen, wie sie das ansonsten jeden Tag tun muß.

Die Denkmalstiftung ist für mich eine ganz typische Einrichtung, ähnlich wie die Kunststiftung, ähnlich wie die Reihe anderer Dinge, die in unserem Land da sind oder in den letzten Jahren geschaffen wurden mit dem Ziel, daß Bürger und Staat kritisch zusammenarbeiten wollen, um wichtige Dinge der Gemeinschaft zu sichern. Und ich bin stolz darauf, daß immer wieder derselbe Kreis von Förderern und Mäzenen, vor allem unserer Wirtschaft, Bereitschaft zeigt. Denn es ist ja im Grunde immer die gleiche Gruppe, die wir ansprechen, für eine Sache einzustehen, was vor allem bedeutet, mit erheblichen finanziellen Beträgen beizutreten. Und ich glaube, es zeichnet gerade unser Land aus, daß es uns gelingt, so etwas wie diese Denkmalstiftung zu machen, die von Anfang an über ein Startkapital verfügt, das andere – so die Bundesdenkmalstiftung – gerne hätten. Und es spricht doch auch für unser Land, daß die Eigenschaften, die für unsere Menschen als Kennzeichen gelten, vor allem für den württembergischen Landesteil – die allgemeinen historischen Beschreibungen lassen die Badener etwas weniger geschoren als die Württemberger bei der Frage nach Geiz und Sparsamkeit –, daß diese Eigenschaften solche Mäzene hervorbringen. Und deshalb möchte ich Ihnen, lieber Herr Freiländer, besonders danken, weil ich mir das eigentlich als das Ide-

al vorgestellt habe, daß der Vorsitzende des Landesverbandes der Industrie der Vorsitzende des Vorstands dieser Stiftung wird. Und daß der Ressortminister das Kuratorium leitet und damit diese Partnerschaft entsteht – dies halte ich für eine großartige Sache. Mein Dank gilt auch unseren historischen Fürstenhäusern. Das gilt für das Haus Baden und das gilt natürlich für das Haus Württemberg und dabei besonders für die Initiative des Hauses Württemberg. Ich glaube, auch hier zeigt sich etwas Besonderes, nämlich ein Stück Historie unseres Landes. Daß die Zusammenarbeit der Fürstenhäuser – sowohl vom badischen wie vom württembergischen her – mit den demokratischen Instituten und Institutionen so partnerschaftlich praktiziert wird. Und ich bin sehr dankbar, daß dadurch viele unterstützende Kräfte dem Land zugute kommen. Es wird jetzt an uns allen liegen, dafür zu sorgen, daß diese Stiftung kein Strohfeder wird. 2,5 Millionen Mark, sagte der Innenminister, sind in der Kasse oder mindestens als Einzahlung zugesagt. Dies ist ein guter Anfang, vor allem unter Berücksichtigung der Tatsache, daß hier gewissermaßen die ersten bereit waren, eine Subskription zu zeichnen, ohne dafür einen Preisvorteil zu erhalten. Alle, die schon gespendet haben, bitten wir, in diesem Eifer nicht nachzulassen. Und damit sich niemand verunsichern läßt: Wer jetzt noch dazukommt, erleidet keinen Nachteil. Es ist also durchaus so, daß die Gaben, die ab jetzt kommen, genauso notwendig sind und in fast gleicher Weise gewürdigt werden wie diejenigen, die schon da sind. Ich möchte die Gelegenheit noch benutzen, hervorzuheben – und manchmal finde ich, ist es auch wichtig, dieses sich selbst wieder zu verdeutlichen –, wie beglückend es in einer Gesellschaft ist, mal etwas zu tun ohne den Blick auf den Steuerbescheid. Wir stellen im Sozialbereich immer wieder fest, daß junge Menschen, die einmal gemerkt haben, wenn sie ein Stück ihrer Freizeit für ihre Mitmenschen investieren, daß ihnen der Dank dieser Mitmenschen viel mehr persönliche Befriedigung verschafft als ein finanzieller Ausgleich. So kann mancher Unternehmer und mancher Manager sagen, wenn er durch die Stuttgarter Staatsgalerie geht oder wenn er die Zeugnisse unserer Kulturdenkmale ansieht, an deren Erhaltung er mitgeholfen hat, daß dies die Zeit und damit seine Leistungen ein bißchen mehr überdauert als der jährliche Bilanzbericht. Beides ist wichtig. Und es wäre für Baden-Württemberg entsetzlich, wenn die Bilanz nicht in Ordnung wäre. Ich möchte also niemand dazu verleiten, diesen Teil gering zu achten. Dabei halte ich es sogar für fast symbolisch, daß mich heute der Weg hierher zusammen mit einer ganzen Reihe von Ihnen von Philippsburg hergeführt hat und wir an diesem Tag das größte Kernkraftwerk, das gegenwärtig in Baden-Württemberg in Betrieb gegangen ist, einweihen konnten und uns dann sogleich mit Denkmalgeschichte befassen. Dies macht das Land aus und genau dies gehört in Baden-Württemberg zusammen.

Der Innenminister hat vorhin die Frage gestellt: Was ist eigentlich, das unsere junge Generation plötzlich so geschichtsbewußt macht? Man kann schon darüber nachdenken. Uns ist zum Beispiel aufgefallen, als wir hier hinaufsaßen, daß irgend etwas an diesem Adler dort verändert ist. In der Zeit, in der wir es in Deutschland immer noch schwer haben, uns mit bestimmten Phasen unserer Geschichte einzulassen – das hat die Stauer-Ausstellung gezeigt, das hat die Barock-Ausstellung gezeigt, das zeigen uns überfüllte Museen in

Baden-Württemberg – gehen mehr Menschen in die Museen als auf die Sportplätze. Auch wenn das niemand glaubt, beide Zahlen sind festgehalten. Dies zeigt, daß wir vielleicht in einer Phase sind, in der wir uns sehr schwertun, die richtigen Wege in die Zukunft zu gehen. Gerade unsere junge Generation, die dieses spürt, diese Herausforderung, in eine unsichere Zukunft gehen zu müssen, hat ein großes Bedürfnis für das Historisch-Kulturelle. Vielleicht haben wir dieses Bedürfnis alle im Stillen mehr als wir uns einräumen: Das Bedürfnis, uns gewissermaßen in der Geschichte zu verankern – mit einem Fuß so kräftig, daß wir mit dem anderen Fuß in eine unsichere Zukunft gehen können. Ich glaube, das Wort Denkmal weist ja schon darauf hin, daß es sich eigentlich um einen Anstoß zum Denken handelt, zum Gedenken, aber auch zum Nachdenken, zum Mitdenken und zum Weiterdenken. Und ein wesentlicher Gegenstand des Denkens und Bedenkens ist eben die Tatsache, daß wir nicht nur eine Gegenwart, sondern auch eine Geschichte haben. Mancher von Ihnen wird sich gelegentlich dabei erwisch haben, wenn er durch historische Gemäuer geht, daß er rein gefühlsmäßig eine andere Dimension empfindet als in seinem Alltagsbetrieb. Mich wenigstens läßt es nicht unberührt, wenn ich durch eine alte Klosteranlage gehe, durch einen alten Kirchenbau oder wenn ich alte Nutzgebäude sehe und darüber ein bißchen nachdenke, was mag die Menschen in ihrer Zeit bewogen haben, was ist davon übriggeblieben und was können wir daraus lernen? Und mit Lernen meinen wir vielleicht nicht so sehr, was wir aktuell aus einem Bezug lernen können, sondern vielmehr, was wir daraus lernen können, wenn wir uns Menschen in ihrem geschichtlichen Zusammenhang vorstellen und damit auch das Maß unserer eigenen Möglichkeiten in die Dimension der Geschichte einstellen. Wir alle leiden ja ein bißchen darunter, daß wir in der Gegenwart soviel Zukunft und soviel Vergangenheit beiseite lassen und dabei die Gegenwart in einer Dimension erscheint, die sie nur aus unserer Sicht hat, aber sicher nicht im Lauf der Generationen und in der Objektivität der historischen Entwicklung. Kontinuität also, gewissermaßen verstanden als Aneignung von Vergangenheit um der Zukunft willen begründet dann, glaube ich, das was wir Identität nennen. Gedächtnis, hat mal jemand gesagt, sei eine andere Art des Sehens, die zur Ausdehnung von uns selbst führt, zur Erweiterung und zur Vertiefung. Die Denkmalpflege und die Kulturpflege überhaupt darf also ihre Gegenstände nicht zum bloßen, wenngleich noch so wertvollen Objekt machen, wenn diese Gegenstände ihren eigentlichen Sinn behalten sollen. Als gegenwärtige Vergangenheit stellen unsere Kulturdenkmäler Zeugnisse menschlicher Möglichkeiten dar, die unsere Erfahrung von dem, was es mit dem Menschen auf sich hat, bereichern und steigern. Und dabei läßt sich die Geschichte der kulturellen Wandlungen letztlich als Geschichte der menschlichen Freiheit erleben. Denkmalpflege ist also ein Teil der Kulturpflege – oder besser – ein Teil der Kultur überhaupt. Kulturelle Lebendigkeit heißt eben zu einem nicht geringen Teil Schöpferisches bewahren. Eduard Spranger hat Kultur umschrieben als – ich darf zitieren – Aufprägung menschlicher Sinngebung auf die vorgefundene Natur und, über sie hinaus, Inbegriff menschlich-geistiger Werte in jahrtausendlanger Arbeit.

Aus all dem ergibt sich, glaube ich, daß im idealen Fall die Denkmalpflege die Erhaltung des Bestandes und

die gegenwärtige Nutzung zusammenfaßt. Das ist im allgemeinen bei den Kirchen gegeben. In anderen Fällen kann es jedoch sehr schwierig sein und es muß daher immer wieder versucht werden, beides zusammenzubringen. Insoweit ist Maulbronn ein Glücksfall. Oder nehmen Sie – neben Maulbronn – Hohenheim: Am letzten Samstag hatten wir dort in dem Schloß, das der Universität dient, die 200-Jahr-Feier. Solche Glücksfälle sind jedoch eher die Ausnahme. Aber genau dort ist der Punkt, wo wir noch mehr tun können. Genau das führt uns in die Frage dieser Stiftung hinein. Wir stellen fest, es gibt eine große Zahl von Menschen, die Kulturdenkmale erhalten und fortentwickeln wollen. Und es gibt eine große Anzahl von Kulturdenkmälern, bei denen der Verfügungsberechtigte schlicht das Denkmal nicht mehr haben will oder aber nicht nutzen kann. Dies zusammenzuführen, diese Initiativen sind im Grunde die wichtigste Aufgabe der Stiftung. Dafür gibt es einen ganz deutlichen Indikator: Die Tatsache, daß die Anträge so deutlich zunehmen und wir mit der Mittelbereitstellung für die Denkmalpflege gar nicht nachkommen. Ich bin darüber nicht unglücklich. Mir ist es viel lieber, wir werden überschwemmt von Initiativen, Ideen und Anträgen als wir müssen die Leute bitten, doch endlich mal für das eine oder andere etwas einzusetzen. So haben wir die Mittel für die Denkmalpflege 1985 um 15 Millionen DM erhöht. Das Wichtigste daran ist, daß die Ideen dafür, was man mit diesem Geld machen könnte, aus der Bürgerschaft kommen. Das ist besser, als wenn wir – gewissermaßen behördlicherseits – der Öffentlichkeit vorschlagen müßten, was man tun könnte.

Das steigende Interesse an der Denkmalpflege und vor allem der verstärkte Wunsch nach Erhaltungsmaßnahmen darf nicht dazu führen, daß wir dem Eigentümer eines Denkmals eine unbegrenzte Erhaltungspflicht auferlegen. Irgendwo ist da eine Grenze der Zumutbarkeit. Die Rechtsprechung leitet sie aus der Eigentums-garantie des Grundgesetzes ab. Genau an dieser Grenze sind die Denkmalschutzbehörden in der Vergangenheit oftmals gescheitert, wenn es zum Beispiel darum ging, den Abriß eines Baudenkmals zu vermeiden. Es gab da eine nicht ungefährliche Diskussion auch in unserem Land über diese Frage und vor allem auch darüber, welche Stelle das beschließen soll. Hier habe ich mich – wie immer – auch zur Freiheit der kommunalen Selbstverwaltung bekannt. Aber aus eigener Erfahrung weiß ich, daß zum Beispiel eines der schönsten Häuser in meiner Heimatstadt abgerissen worden wäre, wenn es nicht zufällig am Geld für den Neubau gemangelt hätte. Und als dieses Haus dann acht Jahre stehengeblieben war und sich anschließend herausgestellt hatte, daß es ein äußerst wichtiges Baudenkmal darstellt, hat mir dies als Kommunalpolitiker zu denken gegeben: Ob es wohl gut ist, wenn man die Kommunalpolitik mit solchen Entscheidungen allein läßt. Oder – mit anderen Worten – man sollte die Selbstverwaltungsgremien im Denkmalschutz nicht voll der Gefahr aussetzen, alle Interessen kommunalpolitisch abwägen zu müssen. Ich glaube, wir dürfen es nicht übertreiben mit der Frage, was ist ein Denkmal. Der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, in dieser Frage mein Kontrahent, weist mich immer darauf hin, daß es weniger Denkmäler in Jerusalem und Moskau gebe als in Stuttgart. Was dann immer die Frage aufwirft, ob Stuttgart – also gewissermaßen historischer als Jerusalem oder größer als Moskau – es in bezug auf Denkmäler mit diesen Städten aufnehmen

kann. Ich glaube, wir müssen einen Weg finden zwischen dem Gedanken, daß viele Denkmale keine seien und gewissermaßen frei zur Verfügung stehen, und dem Gedanken, daß alles Denkmal sei, was eine gewisse Zeit überdauert hat. Darüber können die Fachleute reden. Nur, ob aus diesen Fachideen letztlich etwas wird, ist dann wiederum eine Frage des Engagements. Dabei halte ich es für sehr wichtig, daß Leute immer wieder bereit sind, denkmalgeschützte Gebäude oder Einrichtungen abzugeben. Denn es gibt viele Gruppen, die insoweit etwas tun wollen. Die Sache scheitert leider oft daran, daß diese Gruppen keine Rechtsform und keine Organisationsform finden. Auch darin liegt die Aufgabe der Denkmalstiftung. Ich habe da so eine Idealvorstellung: Da gibt es irgendein kleines Schlößchen, ein altes Backhaus, eine alter Kelter. Und es gibt eine Gruppe, die sich sagt, das machen wir zu unserem Vereinsheim. Jetzt können Sie nicht verlangen, daß diese engagierten Leute außer ihrer eigenen Leistung auch noch eine Stange Geld zusammenbringen. Diese Leute sind nämlich bereit, einen großen Teil ihrer Freizeit zur Verfügung zu stellen, und sie bringen auch ein bißchen Geld zusammen. Letztlich fehlt ihnen aber ein Stück finanzieller Substanz. Diese Leute sollten aus der Denkmalstiftung Geld kriegen. Soviel, wie sie selbst aufbringen, aber keinesfalls mehr, denn es muß stets der Anreiz da sein, daß die Leute selbst etwas tun. Wenn es uns gelingt, die Denkmalstiftung insoweit zur Koordinations- und Hilfsstelle für Bürgergruppen zu machen, die zusammen mit der kommunalen Ebene und der Denkmalpflege wirkt, dann haben wir viel geschafft. Das gilt nicht nur für die Baudenkmale, sondern auch für die archäologischen Bereiche oder anderen Beispiele, so wie sie der Innenminister genannt hat. Ähnliches gibt es schon im Bereich des Umweltschutzes, wo wir Biotop aufkaufen, um sie zu schützen, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Genauso kann zum Beispiel der Kauf des Geländes einer historischen Fundstätte bewirken, daß man Zeit hat, dies alles – behutsam, wie es sich gehört – zu bewahren.

Wir sind dabei, eine Gesellschaft zu werden, die künftig mehr Freizeit hat und die darüber nachdenkt, ob die Fragen Arbeit und Konsumfreizeit die einzige Alternative sind, oder ob nicht die wachsenden Freizeitmöglichkeiten gerade zur Auseinandersetzung mit kulturellen Dingen, mit historischen Dingen, mit sozialen Dingen genutzt werden sollen. Gerade die Menschen, die vielleicht manchmal aus dem Arbeitsprozeß bei abhängiger Arbeit und immer komplizierterer Technik nicht mehr die innere Befriedigung und Identitätsfindung erreichen, gerade diese Menschen können über solche Wege sehr viel mehr Befriedigung und Selbstfindung schöpfen.

Lassen Sie mich zu der Spendenfrage noch eines sagen: Was wir langfristig entwickeln müssen, ist etwas, was grundsätzlich dieser Struktur der Gesellschaft, die eine freiheitliche Gesellschaft ist, viel mehr entspricht als die Staatsaufsicht. Um diese Möglichkeit voranzubringen, sollten wir das Stiftungsrecht in Deutschland ändern. Meine Sorge ist, daß das amerikanische Stiftungsrecht dazu führt, daß im internationalen Wettbewerb so hohe Beträge beispielsweise für Kunstgegenstände eingesetzt werden, daß wir als Staat damit gar nicht mehr konkurrieren können. Dies ist nicht gut und es wäre einem Staat viel hilfreicher, wenn er ein bißchen weniger an Steuereinnahmen hätte und dafür eine engagiertere Bürgerschaft, die über absetzbare Stiftungsbeträge für

solche Zwecke mehr erreichen könnte. Steuerliche Erleichterung zu gewähren, bedeutet ja für den Staat nie eine Vollverfügung über diese Mittel. Es ist dann immer mehr Engagement dabei, wenn ich als Bürger selbst entscheiden kann, daß ich einer bestimmten Sache etwas zuwenden will. Für die Zukunft von Kunst und Kultur müssen wir also unser Stiftungsrecht und manches an unserem Vermögensrecht überprüfen. So meine ich, es müßte Spenden geben zur Aufstockung des Stiftungskapitals, frei verfügbare Zuschüsse oder auch Stiftungen, die über die Denkmalstiftung direkt einem Objekt zukommen. Wenn Sie jetzt das alles anhören, kann es natürlich auch Leute geben, die sich sagen, naja, also irgendwo machen die da 'ne Geschichte, um den Staat zu entlasten. Ich will dem sehr klar entgegenreten: Die Denkmalstiftung ist keine Einrichtung, die dem Land Baden-Württemberg Verpflichtungen abnehmen soll. Ganz im Gegenteil. Wir errichten die Denkmalstiftung mit einem Kapital von 50 Millionen DM und wir werden weitere 18 Millionen DM für die laufende Arbeit zur Verfügung stellen. Um die langfristige Sicherung eines Mittelzuflusses zu garantieren, haben wir zu einem alten Mittel gegriffen, das uns aus der Toto-Lotto-Zeit eingefallen ist:

Wir haben eine Losbrieflotterie eingerichtet. Und ich muß sagen, wenn die Leute schon ihr Glück versuchen, dann bitte möglichst dort. Das Ergebnis ist, daß wir dort etwa vier Millionen DM pro Jahr einnehmen und davon die Hälfte für künstlerische Dinge verwenden werden. Die andere Hälfte aber, nämlich zwei Millionen DM, werden wir der Denkmalstiftung als Dauereinnahme garantieren. Mit dieser Kapitalbasis, plus der zwei Millionen Dauereinnahme, plus Haushaltsmittel, soweit sie zur Verfügung stehen, plus der privaten Zuwendungen – damit glaube ich, kann die Denkmalstiftung eine ganz wichtige Aufgabe übernehmen.

Diesem Problemkreis haben wir auch insoweit Rechnung getragen, als wir die anderen Bereiche der Denkmalpflege aufgestockt haben. So machen wir jetzt ein spezielles Programm für Steinbauwerke und Steinplastiken, weil wir feststellen, daß die Umweltschäden gerade in diesem Bereich rapide zunehmen und die Gefahr besteht, wenn wir das nicht sehr bald angehen, daß dann möglicherweise gar nichts mehr zu reparieren ist. Wir wollen auch dafür im Forschungssektor besondere Maßnahmen ergreifen. Ich will auf die einzelnen Dinge nicht näher eingehen, aber nur zum Beispiel: Das Kabinett wird vor der Sommerpause – im Rahmen der Ausfüllung der Regierungserklärung des letzten Jahres zur Frage der städtebaulichen Entwicklung – auch die Entscheidung über das Denkmalnutzungsprogramm treffen. Auch hier im Grunde ein Gedanke, der dazugehört: Daß nämlich unsere großen Projekte im allgemeinen Denkmalschutz Gefahr laufen, auf der Strecke zu bleiben, weil sie so hohe Beträge erfordern, die wir nicht mit den seither üblichen Mitteln abdecken können, mit der Folge, daß wir also auch insoweit etwas Besonderes tun müssen. Aus diesem Grunde haben wir das Denkmalnutzungsprogramm geschaffen, eben weil wir gesagt haben, es gibt Beispiele – Kloster Bronnbach ist vielleicht im Moment das bekannteste Beispiel oder die Klosterkaserne in Konstanz –, wo wir feststellen, daß Großbeträge notwendig sind. Das kann doch nicht dazu führen, daß wir diese bedeutenden Denkmalanlagen kaputtgehen lassen. Nur jetzt kommt die Konsequenz: Es hat doch keinen Sinn, wenn das Land die so herausragenden Denkmale mit großem Aufwand her-

richtet und sie dann ungenutzt bleiben. Wir müssen uns doch vielmehr überlegen, wie wir diese alten Gebäude so herrichten können, daß wir sie nutzen können. Ich halte zum Beispiel Entscheidungen wie die der Stadt Wertheim und des Main-Tauber-Kreises für ein muster-gültiges Beispiel: Nämlich auf neue Investitionen zu verzichten und die Nutzungsmöglichkeiten in Einklang zu bringen mit einem vorhandenen Denkmalobjekt. So habe ich für das Land jetzt angeordnet, es wird nirgends mehr ein Neubau dort erstellt, wo nicht zuvor erschöpfend geprüft wurde, ob es nicht Altgebäude – vor allem denkmalgeschützte Gebäude – gibt, die für einen solchen Zweck nutzbar gemacht werden können. Wenn es die Kommunen auch so machen und wenn wir den Kommunen dann unter die Arme greifen, damit gewissermaßen der Abstand zwischen der höheren Investition zum Schutz alter Gebäude und der Neuinvestition geringer wird, dann glaube ich, kann das Denkmalnutzungsprogramm einen wichtigen Beitrag leisten. Wir werden in den nächsten fünf Jahren 250 Millionen DM aus dem Landeshaushalt für dieses Denkmalnutzungsprogramm bereitstellen. Das soll nur zeigen, daß wir neben die Absicherung der allgemeinen Mittel für den Denkmalschutz, neben die Denkmalstiftung dann noch das Denkmalnutzungsprogramm stellen.

Dann müssen wir noch die Querverbindung zu unserer Stadterneuerung sehen. Und ich bin sehr froh darüber, daß mir der Präsident des Landesdenkmalamts inzwischen verziehen hat und sogar der Meinung ist, daß es eine richtige Entscheidung war, daß ich nämlich damals bei der Übernahme des Innenministeriums dem Ministerpräsidenten zur Bedingung gemacht habe, daß der Denkmalschutz aus dem Kultusministerium ins Innenministerium kommt, weil ich eigentlich immer der Meinung war, daß man abwägen muß. Vielleicht sind die Stadterneuerung und die Dorfentwicklung die wichtigsten Verbindungen des Denkmalschutzes und vielleicht sind diese Verbindungen viel wichtiger als der Gedanke, daß man da aus einer Unabhängigkeit herauskäme. Wenn es uns gelingt, diese ganzen Denkmalprogramme in Einklang zu bringen mit unseren großen Stadterneuerungs- und Dorfentwicklungsprogrammen, dann wird dies zu einem großen, in sich geschlossenen System. Und wenn alle freien Gruppen sich daran be-

teiligen und – Güglingen hier in der Nähe ist ein gutes Beispiel – auch die Kommunen und die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken mitmachen, dann können wir sehr viel Historisches bewahren und für moderne Zwecke nutzen. Lassen Sie mich auch dies einmal offen sagen: Ich beobachte – Gott sei Dank – daß unsere Kreditinstitute nicht mehr die „schönsten“ Betongebäude erstellen, sondern sie sich immer mehr als die großen Mäzene erweisen, die jetzt unsere alten Gebäude wiederherstellen. Dies führt auch zur Vergebung mancher Sünden, die in der Vergangenheit bei Neubauten gemacht wurden. Und dies will ich nicht nur an private Bauherren richten: Der Staat ging – wie immer – mit gutem Beispiel voran. Zuerst beim Sündigen, aber jetzt auch wieder beim Denkmalschutz.

Lassen Sie uns einfach den Versuch wagen, mit einer solch neuen Idee und einem neuen Konzept einen mutigen Schritt in die Zukunft zu gehen – zur Sicherung unserer Vergangenheit. Die Erinnerung und der Ausblick auf die Zukunft sind eng miteinander verknüpft. Wir erinnern uns und wir vergessen natürlich auch. Andererseits erinnern wir uns wieder an das, was wir schon vergessen haben. Diese Erinnerung geht über das hinaus, was unsere eigene persönliche und familiäre Umgebung prägt. Sie wird damit zur kollektiven Erinnerung. Diese gemeinsame Erinnerung ist ein gutes Stück unseres Lebens. Sich an Gemeinsames zu erinnern und überhaupt sich die Tatsache zu vergegenwärtigen, daß wir in einer Gemeinschaft leben, hängen zusammen und bedingen sich gegenseitig. Ich halte dies für sehr wichtig, weil wir hier noch einmal eine zusammenfassende Antwort auf die Frage finden, warum wir Denkmalpflege betreiben. Lassen Sie mich herzlich danken all denen, die gekommen sind und all denen, die wissen, daß dieser Besuch hier nicht umsonst war, in jeder Beziehung. Und lassen Sie uns weiterhin die Atmosphäre Baden-Württembergs dadurch bestimmen, daß die Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mehr ist als Daseinsvorsorge und Ordnungspolitik. Ich glaube, wir sind es unseren Kindern schuldig, daß wir diesen umfassenden Begriff von der Gemeinschaft auch wieder deutlicher in der Öffentlichkeit und besonders bei solchen Anlässen dokumentieren.